

Die FDP bezieht Position:

1. Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern hat sich respektabel entwickelt. Welche Rolle spielen hierbei nach Meinung Ihrer Partei die Thüringer Freiberufler, speziell die ca. 2000 Zahnärzte?

Die Thüringer Zahnärzte spielen eine wichtige Rolle bei der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Sie bilden gemeinsam mit den freiberuflichen Ärzten das Rückrat für eine gute, flächendeckende medizinische Versorgung unserer Bevölkerung. Deshalb ist es das Ziel der FDP die Zahnärzte in Thüringen nicht nur zu unterstützen, sondern auch zu fördern.

2. Die letzte Gesetzesreform hat u.a. den Gesundheitsfonds hervorgebracht, der mittlerweile in Diskussion geraten ist. Wie positioniert sich die FDP dazu?

Die FDP hat das sogenannte GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz von Anfang an abgelehnt. Dies war, wie sich bereits jetzt zeigt, richtig. Das Gesetz wird seinen Zielen, die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) längerfristig auf tragfähige Fundamente zu stellen, die Lohnzusatzkosten zu senken und den Wettbewerb zu stärken, nicht gerecht. Es wird keinerlei Vorsorge getroffen, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wegen des zunehmenden Anteils älterer Menschen immer weiter auseinandergeht.

Insbesondere der Gesundheitsfonds trägt zum Scheitern der Reform bei. Der Wettbewerb, der angeblich gestärkt werden sollte, wird bei den GKVen gerade hierdurch in einem ganz wesentlichen Punkt beschnitten, der Beitragsgestaltung. Aber auch andere Elemente wie die Satzungsleistungen verlieren durch die Umwandlung in Pflichtleistungen ihren Wert für einen funktionierenden Wettbewerb.

Die FDP wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der Weg in ein staatlich-zentralistisches Gesundheitswesen korrigiert wird und der Gesundheitsfonds zugunsten von mehr Wettbewerb und Qualität wieder abgeschafft wird.

3. In welche Richtung würde Ihre Partei die Sozialsysteme entwickeln: Hin zu mehr Eigenverantwortung oder zu mehr Umverteilung?

Bei der Weiterentwicklung der Sozialsysteme setzen wir uns für mehr Eigenverantwortung ein. Für uns steht das Prinzip des Förderns und Forderns im Vordergrund. Unser bisheriges System hat letztlich dazu geführt, dass nicht die wirklich Bedürftigen, sondern vor allem die, die sich am besten im System auskennen, in den Genuss staatlicher Hilfe kommen. In diesem Kontext haben wir bereits vor einigen Jahren das liberale Bürgergeld entwickelt.

Danach sollen zukünftig alle steuerfinanzierten Sozialleistungen von den Finanzämtern als Bürgergeld ausgezahlt werden. Soziale Gerechtigkeit ist mit Steuersenkungen allein nicht zu erreichen. Wer kein eigenes oder ein nicht existenzsicherndes Einkommen erzielt und keine Steuern zahlt, dem helfen Steuersenkungen zur Verbesserung seiner persönlichen Situation nicht. Diese soziale Lücke schließt das leistungsgerechte Bürgergeld der FDP. Es schafft ein für die Bürger transparentes System staatlicher Sozialleistungen. Es sichert die materiellen Lebensgrundlagen aller Bürger, die über kein ausreichendes Einkommen verfügen. Es belohnt, das ist für uns besonders wichtig, stärker als heute die Aufnahme eigener Erwerbstätigkeit. Es baut Bürokratie ab: Durch die Zusammenfassung und Pauschalierung von Leistungen ebenso wie durch die Verwaltung durch nur noch eine Behörde. Nicht die Findigen, sondern die Bedürftigen profitieren von einem solchen System der Hilfen aus einer Hand. Mit dem Bürgergeld werden möglichst viele steuerfinanzierte Sozialleistungen in einem Universaltransfer zusammengefasst. Integriert werden sollen das Arbeitslosengeld II (einschließlich Leistungen für Wohnen und Heizung), das Sozialgeld, die Grundsicherung, die

Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld. Voraussetzung für den Bürgergeldanspruch ist die Bedürftigkeit und die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme bei Erwerbsfähigkeit. Bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit wird das Bürgergeld gekürzt.

Das von der FDP entwickelte Liberale Bürgergeld schafft Anreize für die Arbeitsaufnahme bei Langzeitarbeitslosen ebenso wie bei Rentnern. Die Hinzuverdienstgrenzen von Bürgergeldempfängern sollen gegenüber der jetzigen Regelung deutlich ausgeweitet werden: Bis 600 Euro sollen so 40 Prozent beim Bürgergeldempfänger verbleiben.

Auch bei Rentnern sollen die Grenzen für den Zuverdienst aufgehoben werden, so dass jeder selbst entscheiden kann, ob und in welchem Umfang er neben dem Rentenbezug noch erwerbstätig sein will.

Dadurch werden geringe Löhne unterstützt und der Anreiz zur Aufnahme von Arbeit im Niedriglohnbereich erhöht. Die finanzielle Unterstützung soll nur denjenigen zugute kommen, die nicht oder nur teilweise in der Lage sind, ein Existenzminimum aus eigener Kraft zu erwirtschaften.

4. Stehen Sie bei der Weiterentwicklung des Gesundheitssystems eher für mehr Wettbewerb oder ein zentral gesteuertes Einheitssystem?

Die FDP setzt sich für ein System von mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung ein. Der Staatseinfluss muss darauf beschränkt werden, die Bedingungen zu formulieren, unter denen Gesundheitsversorgung stattfinden soll. Stattdessen unternimmt der Staat zurzeit den Versuch, alles und jedes im Gesundheitswesen bis ins kleinste Detail zu regeln. Alle Vorgaben ändern nichts daran, dass die in der medizinischen Versorgung Tätigen durch ihre Arbeit, ihr Engagement und ihre Qualifikation trotz dieser Reglementierung noch dafür sorgen, dass Kranke eine gute medizinische Versorgung erhalten. Wenn sie motiviert sind, ihr Bestes zu geben, ist das der Garant für die bestmögliche Behandlung und Betreuung. Das bedeutet, dass es einen grundlegenden Wandel geben muss von einem Klima, das geprägt ist durch Misstrauen, Detailvorschriften und Kontrollen hin zu einem Klima, das den in den Gesundheitsberufen Tätigen Vertrauen entgegen bringt. Wenn es nicht gelingt, dafür zu sorgen, dass Zahnärzte, Ärzte, Pflegekräfte usw. eine hohe Motivation entwickeln, wird es in den nächsten Jahren sehr schwierig sein, das gute Gesundheitsniveau zu halten. Dafür müssen Leistungsanreize richtig gesetzt werden mit leistungsgerechter Honorierung gerade auch für Gesprächsleistungen. Freiräume für verantwortliches Handeln müssen geschaffen werden. Die Freiberuflichkeit muss Vorrang vor der Institutionalisierung haben. Und die viel zu viel Zeit der Patienten raubende Überregulierung muss abgebaut werden.

Ein weiterer Punkt ist für uns von wesentlicher Bedeutung:

Die strikte Einhaltung des Grundsatzes der Subsidiarität. Eigenverantwortung geht vor Kollektivverantwortung. In erster Linie sind die Menschen für ihre Gesundheit und für die Absicherung von Krankheitsfolgen selbst verantwortlich. Unterstützung und Hilfe sind dort notwendig, wo sie hierzu, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage sind.

5. Auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung unterscheiden sich die Honorare der Zahnärzte in Ost und West. Unterstützen Sie die Zahnärzte in ihrer Forderung nach Angleichung? Wenn ja, auf welchem Wege?

Für Ihr Anliegen, die Vergütung der Zahnärzte in den neuen Bundesländern an das Niveau der Vergütungen der Zahnärzte in den alten Bundesländern anzupassen, haben wir großes Verständnis. Dieser Schritt wurde mit der Reform ab 2009 bei den Ärzten bereits vollzogen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die schwarz/rote Koalition bei den Zahnärzten hingegen nichts getan hat. Die FDP hat auch das im Rahmen der Beratungen zur Gesundheitsreform kritisiert.

Die FDP lehnt allerdings die Zentralisierung und damit Vereinheitlichung der Vergütungen über das gesamte Bundesgebiet hinweg, wie die schwarz-rote Gesundheitsreform das für die Ärzte beschlossen hat, ab. In unseren Augen ist es sinnvoller, regionale Besonderheiten entsprechend zu berücksichtigen, unabhängig davon, ob es sich um Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern oder Baden-Württemberg handelt. Wichtig ist uns ein in allen Regionen leistungsgerechtes Vergütungssystem, das den Zahnärzten eine gute Versorgung ihrer Patienten vor Ort ermöglicht. Dazu gehören insbesondere die Ost-West-Angleichung der Vergütung und die Abschaffung der Budgetierung, die die FDP schon seit Jahren fordert. Schnellstmöglich müssen tragfähige Konzepte für eine eigenständige, leistungsgerechte Vergütung der Zahnärzte entwickelt und umgesetzt werden.

6. Die demographische Prognose sieht für Thüringen unerfreulich aus. Ärzte und Zahnärzte sowie medizinisches Fachpersonal fehlen in Thüringen. Gut ausgebildete junge Menschen verlassen das Land. Womit soll dieser Trend gestoppt werden?

Die seit Jahren anhaltende Abwanderung vor allem junger Menschen (und hier vor allem gut ausgebildeter junger Frauen) stellt seit Jahren das Hauptproblem des Freistaats dar. Auch in den letzten fünf Jahren hat sich die Abwanderung weiter verstärkt, fast 40 Menschen verlassen heute per Saldo täglich unser Land. Nicht nur Ärzte, Zahnärzte und medizinisches Fachpersonal fehlen, gut ausgebildete Fachkräfte werden in jedem Bereich der Thüringer Wirtschaft zunehmend zu „Mangelware“.

Der Demographische Wandel, der neben der Abwanderung auch durch die viel zu niedrige Geburtenquote verursacht wird, lässt sich nicht kurz- oder mittelfristig verändern, es bedarf hierzu langfristiger Lösungskonzepte.

Mit Thüringengerechter Politik will die FDP die Abwanderung bekämpfen. Politik für Thüringen, muss den Besonderheiten, den Stärken und auch den Schwächen des Freistaates angemessen Rechnung tragen. Gerechte Politik für Thüringen sorgt dafür, dass mit Chancengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit die soziale Gerechtigkeit möglich bleibt. Die soziale Marktwirtschaft ist für die FDP das Modell, mit dem die Zukunft auch in Thüringen erfolgreich gestaltet werden kann.

Thüringengerechte Wirtschaftspolitik will Leistungs- und Chancengerechtigkeit für Thüringer Unternehmen. Wir treten für die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen ein, diese Unternehmen schaffen und sichern Arbeitsplätze und bilden aus. Das Eintreten für eine Revision der schlimmen Fehler der Unternehmenssteuerreform auf Bundesebene gehört genauso dazu wie die Schaffung von Ausschreibungsbedingungen, die den ortsansässigen Handwerkern faire Chancen bei öffentlichen Aufträgen eröffnen. Details und weitere Vorschläge folgen in den weiteren Antworten. Thüringengerechte Wirtschaftspolitik schafft Bedingungen für hochqualifizierte Arbeitsplätze und trägt so zur Bekämpfung der Abwanderung bei.

Thüringengerechte Bildungspolitik will vor allem Chancengerechtigkeit beim Zugang zu bestmöglicher Bildung für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft. Gute Bildung ist für jeden

einzelnen Menschen die beste und notwendige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, sie ist aber auch ein Standortfaktor. Gut ausgebildete Arbeitnehmer sind attraktiv für ansiedlungswillige Unternehmen. Mit unseren Vorschlägen für eine bessere Bildungspolitik wollen wir die Attraktivität des Standortes Thüringen verbessern und so zur Bekämpfung des demographischen Wandels beitragen.

Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Familienpolitik, Gesundheitspolitik, aber auch die Haushaltspolitik - grundsätzlich muss jede politische Handlung dem Ziel dienen, Thüringen als Wirtschaftsstandort attraktiv und als Wohnort für Menschen aller Generationen lebenswert zu gestalten. Wenn Menschen in Thüringen Arbeit finden und gern hier leben, dann fällt der Hauptgrund für die Abwanderung, die fehlende Perspektive, weg, dann wird Thüringen auch für Familien mit Kindern attraktiv.

7. Was will Ihre Partei für den nötigen medizinischen Nachwuchs tun?

Zu dem in unserer Antwort auf Frage 4 Gesagten setzt sich die FDP für eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen für den medizinischen Nachwuchs ein. Außerdem müssen wir durch eine einfache und durchschaubare Gebührenordnung im Rahmen der Kostenerstattung weitere Anreize vor allem auch für niedergelassene Ärzte und Zahnärzte schaffen.

Wir wollen uns bei den Kommunen dafür einsetzen, dass Anreize wie vergünstigte Kredite oder auch preiswerte Immobilien angeboten werden.

8. In Thüringen besteht die Gefahr der Bildung von "Inseln" mit positiver Wirtschaftsentwicklung im Gegensatz zu verödenen Regionen. Wird dieser Prozess infrastrukturell gelenkt oder werden diese Regionen "aufgegeben"?

Endlosförderung zum Erhalt von Strukturen um ihrer selbst Willen macht natürlich keinen Sinn. Auch hier gilt der Grundsatz: Hilfe zur Selbsthilfe. Der Neu- und Ausbau der Infrastruktur (z. B. Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Bahnstrecken), der zu Beginn der 90er Jahre konzipiert wurde und seither (häufig viel zu schleppend) umgesetzt wird, folgt der Logik, dass ländliche Bereiche eben nicht abgehängt werden dürfen und zu dauerhaften Sorgenregionen werden. Durch gute Anbindung soll diesen Regionen die Möglichkeit eröffnet werden, ihre eigenen Potenziale (bspw. im Tourismus, in der Landwirtschaft) zu nutzen und neue zu erschließen (Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen). Mit der Etablierung der Informationsgesellschaft kommen neue Herausforderungen auf die Entwicklung der Infrastruktur zu, vor allem der Ausbau des Breitbandnetzes im ländlichen Bereich.

9. Aus dem Bayrischen Gesundheitsministerium kommen Töne zur Auflösung der Kassenärztlichen Vereinigungen. Im Gegensatz dazu ist in einem Wahlkampfprogramm von der Stärkung der Selbstverwaltung die Rede. Wie steht die FDP zur Kassenärztlichen Vereinigung / Kassenzahnärztlichen Vereinigung?

Kassenärztliche Vereinigungen (KVen) und Kassenzahnärztliche Vereinigungen (KZV) haben bis heute entscheidend dazu beigetragen, eine gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Zunehmend wird die Abschaffung dieser Körperschaften gefordert. Wer diese Organisationen abschaffen will, muss aber beantworten, wer die bisherigen Aufgaben übernimmt. Er muss sicherstellen, dass dieser hohe Standard auch weiterhin erhalten bleibt und er muss belegen können, dass mit einem neuen System Vorteile verbunden sind. Viele, die die Abschaffung der KVen fordern, haben etwas ganz anderes im Sinn als eine Verbesserung durch mehr Wettbewerb. Sie wollen

die Aufgaben der Selbstverwaltung dem Staat oder den Krankenkassen übergeben. Sie träumen von staatlicher Preisregulierung und übermächtigen Krankenkassen. Das aber wäre der falsche Weg. Ärzte würden zu Bittstellern einer staatlich gelenkten Einheitsstruktur.

Notwendig ist stattdessen eine grundlegende Umorientierung in Richtung Wahlfreiheit und Wettbewerb und Stärkung der Freiberuflichkeit wie die FDP das in ihrem Konzept vorsieht. Dabei ist auf die eine konsequente Anwendung des Wettbewerbs- und Kartellrechts zu achten, um eine übermäßige Konzentration von Marktmacht zu verhindern und dafür zu sorgen, dass Verträge auf gleicher Augenhöhe geschlossen werden können. In einem solchen Rahmen, der allen Beteiligten ganz andere Möglichkeiten gibt, muss auch die Rolle der einzelnen Institutionen neu überdacht werden. An die Stelle hochkomplizierter ärztlicher Vergütungssysteme mit mehr oder weniger versteckter Budgetierung muss eine einfache, leistungsgerechte und transparente Gebührenordnung treten, die für jeden behandelnden Arzt die Grundlage für die Abrechnung im Rahmen der Kostenerstattung bildet. Verträge können dann geschlossen werden, wenn beide Seiten das für richtig halten. Fest steht auch, dass es nach wie vor eine Organisation geben muss, die Ansprechpartner z. B. in Qualitätsfragen ist.

10. Aus Brüssel sind Signale zu hören, die freiberufliche Niederlassung der Ärzte zugunsten von Großinvestoren, wie Klinikkonzernen, zur Disposition zu stellen. Das Ergebnis wären "Gesundheitsfabriken". Befürwortet Ihre Partei diese Tendenz? Wie soll aus Ihrer Sicht Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen erzielt werden?

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Hierzu zählen auch die niedergelassenen Ärzte. Diese sind Garant für eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung in Thüringen wie in ganz Deutschland. Die FDP lehnt deshalb mit Entschiedenheit Pläne ab, die die freiberufliche Niederlassung von Ärzten zur Disposition stellen würden.